

Kieler Nachrichten

DIENSTAG, 13. MÄRZ 2012 · NUMMER 62 · 11. WOCHE · 1,30 €



UNABHÄNGIGE LANDESZEITUNG FÜR SCHLESWIG-HOLSTEIN

Ausbildungsplätze: In vielen Migrantenbetrieben gibt es Reserven

Türkische Gemeinde kann ihr Förderprojekt „AZAM“ bis Ende 2013 fortführen

Kiel. Das Land unterstützt die Türkische Gemeinde Schleswig-Holstein weiter bei der Akquisition von Ausbildungsplätzen in Unternehmen, die von Migranten geführt werden. Wirtschaftsstaatssekretärin Tamara Zieschang übergab in Kiel einen Förderbescheid über 240 000 Euro an Cebel Küçükkaraca, Vorsitzender der Türkischen Gemeinde Schleswig-Holstein.

„Dies ist ein weiterer Baustein für die Sicherung der Fachkräfte von morgen“, sagte Zieschang. Mit dem Geld werden zwei Ausbildungsplatz-Akquisiteure in Elms-

horn und Lübeck für weitere zwei Jahre bis Ende 2013 finanziert. Das Projekt „AZAM“ (Akquisition von zusätzlichen Arbeitsplätzen in Migrantenbetrieben) der Türkischen Gemeinde läuft seit 2007 und verzeichne, so die Staatssekretärin, jährlich steigende Erfolgswerte. Wurden bis 2010 insgesamt 210 Betriebe kontaktiert, waren es danach 447. Dabei wurden 196 Ausbildungsplätze

geworben. Der Schlüssel zum Erfolg des Projekts liegt für Zieschang darin begründet, dass die Akquisiteure aus demselben Kulturkreis stammen wie

die beratenden Betriebe. So könnten sprachliche und kulturelle Missverständnisse vermieden und direkte Kontakte zu den Unternehmen hergestellt werden. Dass viele Migrantenbetriebe nicht ausbilden, liege häufig an einem Mangel an Informationen über die duale Ausbildung. Hier setze die Arbeit der Ausbildungsplatzakquisition an.

Wie Cebel Küçükkaraca erläuterte, habe die Zahl der Unternehmer mit Migrationshintergrund in den vergangenen Jahren stark zugenommen. In Schleswig-Holstein gebe es zurzeit über 2000 türkisch-stämmige Unter-



Wirtschaftsstaatssekretärin Tamara Zieschang überreichte einen Förderbescheid über 240 000 Euro für das Migrant-Projekt AZAM an Cebel Küçükkaraca, Vorsitzender der Türkischen Gemeinde S-H. Foto vr

nehmen. Obwohl mehr als die Hälfte davon ausbilden könnten, würden das aber nur ungefähr zehn Prozent tun. „40 Prozent der Jugendlichen aus Migrantenfamilien erlernt keinen Beruf. Das kann man nicht mehr hinnehmen“, sagte

der Vorsitzende. Das Problem könne nur gemeinsam von Land, Kammern, Arbeitsagenturen und Türkischer Gemeinde gemeistert werden. Ohne finanzielle Unterstützung des Landes sei es gar nicht möglich. vr